



RAUMDIALOG

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich

Nr. 1/2012

Planung ist Kommunikation:
Bürgerbeteiligung in der
Raumordnung.

Thema Bürgerbeteiligung
Raumordnung mit Bürgerbeteiligung.
Seite 4

Gelebter Dialog für den Raum Berg.
Seite 10

Die Mühlviertler Alm.
Seite 12

Dialog NÖ
Wir helfen Ihrer Region
auf die Sprünge!
Seite 16



aktuell:

„My Life 24/24“ – „Mein Leben in/um Wien im Jahr 2035“. Seite 14



Inhalt

IMPRESSUM RAUMDIALOG:

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:

Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr –
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:

Gilbert Pomaroli, Christina Ruland
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

Redaktionelle Mitarbeit:

Dominik Dittrich, Marianne Vitovec (alle
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen
nicht mit der Meinung der Redaktion
übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte
Beiträge wird keine Haftung übernommen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor,
Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

ABBILDUNGEN:

Alle Fotos, die nicht extra gekennzeichnet sind,
stammen aus unserem Archiv oder von
www.shutterstock.com

GRAFISCHE KONZEPTION

UND UMSETZUNG:
www.horvath.co.at

ÜBERSETZUNGEN:

Mandana Taban, www.wordpool.at

DRUCK:

Ueberreuter Print GmbH, 2100 Korneuburg

ABONNEMENTS UND EINZELBESTELLUNG:

Die Zeitschrift „Raumdialog“
wird kostenlos abgegeben.
Abonnements und Einzelbestellungen richten
Sie bitte an die Redaktionsleitung
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
Fax: 02742 / 9005 / 14170
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

VERLAGS- UND ERSCHEINUNGSORT:

St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG DER ZEITSCHRIFT:

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift
„Raumdialog“ informiert über den
Stand und die Entwicklung der Ordnung
und Gestaltung der räumlichen Umwelt in
Niederösterreich.

Thema Bürgerbeteiligung

Raumordnung mit Bürgerbeteiligung:

Planen mit langfristiger Gültigkeit und hoher Akzeptanz. 4

BürgerInnen-Räte in Vorarlberg:

Neue Kultur des Dialogs für mehr Miteinander. 6

Der Mödlinger BürgerInnenrat.

Der erste BürgerInnenrat in Niederösterreich! 8

Gelebter Dialog für den Raum Berg –

Örtliches Entwicklungskonzept im Gemeinde21-Prozess. 10

Die Mühlviertler Alm:

BürgerInnenbeteiligung mit vielen Facetten. 12

Dialog NÖ

Jugend plant:

„My Life 24 / 24“ – „Mein Leben in / um Wien im Jahr 2035“ 14

Wir helfen Ihrer Region auf die Sprünge!

Das Regionalmanagement Niederösterreich
mit neuer Marke als Sprungbrett der Regionen. 16

20 Jahre NÖGIS:

Unverzichtbare Grundlage für Landesentwicklung und Verwaltung. 18

Dialog national

Neuer Rahmen für Planungen:

Das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) 2011. 20

Infos

Gemeinde21 lädt ein zur Veranstaltung:

„Nachhaltigkeit: Nutzen für Unternehmen – Chance für den Ländlichen Raum“ 22

Zusammenfassung

English Summary 23

Der eilige Leser 24

Bürgerbeteiligung: innovative Ideen und Humanressourcen.

Der Satz „alle müssen ihren Beitrag leisten“ wird immer wieder hörbar, wenn bestimmte Situationen oder Vorkommnisse zu Einsparungen zwingen. Abseits von finanziellen Aspekten wird dieser Ruf auch immer wieder in Gemeinden laut, wenn es um die Sicherung von gesellschaftlichen oder sozialen Standards geht.



In Niederösterreich haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag nicht leisten „müssen“, sondern dies freiwillig und noch dazu mit großem Eifer und Einsatz tun. Diese Tatsache ist durch zahlreiche erfolgreiche Initiativen und Projekte in mehr als 25 Jahren Dorferneuerung und 20 Jahren Stadterneuerung belegt. Die dabei sichtbar gewordene Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern hat unseren Kommunalpolitikern gezeigt, dass Bürgerbeteiligung nicht bedeutet, an Macht oder Einfluss in der eigenen Gemeinde zu verlieren, sondern – ganz im Gegenteil – als Partner und Unterstützer von der Bevölkerung geschätzt zu werden. Die Möglichkeit zur Beteiligung weckt in den Menschen innovative Ideen, legt soziale Ressourcen frei und verhilft Strategien wie Maßnahmen zu langfristigen Erfolg.

Diese positiven Erfahrungen können gerade der Raumplanung neuen Schwung verleihen, zumal in diesem Bereich aktive Bürgerbeteiligung noch Neuland ist. In zwei Gemeinden ist es bereits erfolgreich gelungen – ausgehend von Gemeinde 21 und Stadterneuerung – die Bevölkerung in die Raumordnung mit einzubeziehen.

Vielleicht können diese beiden Beispiele Schule machen und auch der Raumordnung in unseren Gemeinden nachhaltig gangbare Wege eröffnen.

Erwin Pröll / Landeshauptmann von Niederösterreich

Planung ist Kommunikation: Bürgerbeteiligung in der Raumordnung.

Bürgerbeteiligung kennt man im landläufigen Sinne in Form von Befragungen oder von Aktionen wie Dorferneuerung oder Lokale Agenda 21. Vor allem in diesen beiden Aktionen bringen sich Menschen zu unterschiedlichen Themen ein – sei es in Ortsgestaltung, Verkehrsentwicklung oder Natur- und Umweltschutz. Dieses Engagement der Bevölkerung zeigt uns, dass die Menschen durchaus in der Lage sind, sich über die Realisierbarkeit und die Auswirkungen von Planungsvorhaben Gedanken zu machen. Daher hat sich gerade in der Lokalen Agenda 21 der Slogan „Den Bürger zum Experten seines Umfeldes machen“ etabliert.



Angesichts der vielfältigen Erfolge in niederösterreichischen Gemeinden, die auf Einsatz und Mitarbeit von BürgerInnen zurückgehen, stellt sich die Frage, ob nicht auch die örtliche Raumordnung und Raumplanung durch eine solche Beteiligung gewinnen kann. Es geht selbstverständlich nicht darum, OrtsplanerInnen in ihrer beratenden Rolle zu ersetzen oder den Gemeinderat als entscheidendes Gremium zu schwächen, sondern es geht darum, auch bei der sinnvollen Nutzung des Raums die Vorstellungen der Bevölkerung als Planungsgrundlage kennen zu lernen. Die Identität eines Ortes spiegelt Verhaltensweisen oder Gewohnheiten seiner Bevölkerung wider. Daher hat auch sie das grundlegende Wissen dazu, wie ein Ort gestaltet und geplant sein muss, damit sich Menschen über Generationen dort wohl fühlen können.

Bürgerbeteiligung basiert ebenso auf Kommunikation wie das Miteinander im Raum – lernen wir daher auch, Planung als Kommunikation zu verstehen!

Karl Wilfing / Landesrat für Bildung, Jugend und Raumordnung

Raumordnung mit Bürgerbeteiligung:

Planen mit langfristiger Gültigkeit und hoher Akzeptanz.

Der Fachbegriff für das Prinzip der Bürgerbeteiligung heißt „Partizipation“. Dieser Begriff wurde in den 1960er Jahren aus dem englisch-amerikanischen Sprachraum und seiner Tradition einer „zivilen Gesellschaft“ übernommen und zielt auf eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit – der „Basis“ – an den für sie relevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen ab.



Anfang der 1970er Jahre zeigte sich im Zuge der Proteste gegen Atomkraftwerke erstmals, dass die BürgerInnen bereit und in der Lage sind, durch die Gründung von Bürgerinitiativen, lokale Planungen und Entscheidungen der öffentlichen Hand oder der Wirtschaft zu beeinflussen. Heute gewinnt Bürgerbeteiligung vor allem dadurch an Bedeutung, als durch die zunehmende Globalisierung und den stärker werdenden interkommunalen Wettbewerb die öffentliche Hand Angebote und Notwendigkeiten zunehmend nur noch mit Hilfe interessierter bzw. engagierter Gruppen bereitstellen kann.

Positive Erfahrungen in Niederösterreich. Gerade in Niederösterreich blicken wir auf eine lange und erfolgreiche Tradition der Bürgerbeteiligung zurück, und zwar in der Dorf- und Stadterneuerung sowie bei Strategieprozessen auf kleinregionaler Ebene, die ein vielfältiges Themenspektrum dafür bieten. Im Zuge dieser Prozesse werden Vorhaben in verschiedenen Bereichen mit der Bevölkerung diskutiert und Unterlagen der gesamten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, sodass jede/r Einzelne Anregungen oder Bedenken äußern kann. Die Menschen werden als ExpertInnen ihres Umfeldes erkannt, das vorhandene kreative, soziale und innovative Potential wird für die Entwicklung der eigenen Gemeinde bzw. Region genutzt.

Erfahrungen für Planungen nutzen. Gerade in Zeiten, wo allseits gespart wird und die öffentlichen Finanzen mit noch mehr Bedacht eingesetzt werden müssen, wird klar, dass Bürgerbeteiligung auch in der Raumordnung ein Grundprinzip werden muss. Bürgerbeteiligung bringt breite Akzeptanz für ein Vorhaben in der Bevölkerung und sichert zudem eine langfristige Dauer dieser Akzeptanz. Planungsvorhaben,



Erster Schritt zur Bürgerbeteiligung: Interesse wecken.

die nach einem breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozess umgesetzt werden, sind nachhaltig – das heißt auch in der nächsten Generation – positiv wirksam.

Beteiligung als Grundrecht begreifen. Bürgerbeteiligung und Planung fanden Anfang der 1970er Jahre in der Regelung der Beteiligung betroffener BürgerInnen eine erste gemeinsame Basis. Hinsichtlich der vorgeschriebenen Beteiligung unterscheidet das Gesetz unterschiedliche Formen:

- **Interessentenbeteiligung:** In diesem Fall kann jede/r BürgerIn Einwendungen erheben, dessen/deren Belange berührt werden. Es handelt sich dabei aber nicht um rechtlich geschützte Interessen.
- **Rechtsbetroffenenbeteiligung:** Sie richtet sich an BürgerInnen, bei denen rechtlich geschützte Belange und Rechte berührt werden.
- **Populärbeteiligung:** Auch wenn keine rechtlich geschützten Belange oder Interessen berührt werden, können die BürgerInnen sich beteiligen.

Damit ist Beteiligung gewissermaßen ein Grundrecht der BürgerInnen, was vielleicht den planenden Stellen wie auch der Bevölkerung viel zu wenig bewusst ist, denn oftmals wird Bürgerbeteiligung eher als „lästige Pflicht“ betrachtet.

Neue Instrumente einsetzen. Die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung ist in der Praxis der letzten Jahre aber auch zur Routine geworden. Damit werden jedoch unter Umständen Einwände und Anmerkungen zu wenig beachtet und so wertvolle Hinweise für eine nachhaltige Planung übersehen. In jüngster Zeit hat sich eine Palette von neuen Instrumenten entwickelt, die rechtlich gesehen der Demokratisierung von Planungsprozessen entgegenkommt und die Zusammenarbeit zwischen der planenden und der beplanten Ebene erleichtert. Diese Instrumente setzen bewusst auf Kommunikation. Ein solches Instrument ist beispielsweise die Mediation. Dabei wird ein Projekt oder Prozess gemeinsam und partnerschaftlich, abseits vorstrukturierter förmlicher Wege erarbeitet. Ein Mediator, eine neutrale Person, gibt die entsprechenden Hilfestellungen dazu.

Wesentliche Grundsätze beachten. Soll ein Beteiligungsprozess erfolgreich verlaufen, müssen wir – auch in der Raumplanung – einige Grundsätze beachten:

- Die Beteiligung sollte möglichst früh einsetzen.
- Die unterschiedlichsten Sichtweisen müssen zusammengeführt werden.
- Es besteht Beteiligungsgleichheit.
- Es muss Offenheit in Bezug auf die Wege zur Lösung und auf die Lösung selbst vorhanden sein.
- Die Förderung von Zweifel ist Teil des Planungsprozesses.
- Die Argumentation wird als Basis des (Lern-)Prozesses gesehen.
- Die Moderation erfolgt durch einen neutralen Dritten.

Gleichberechtigt miteinander umgehen. Neben der Unterscheidung in gesetzliche und informelle Beteiligungsformen sind zudem unterschiedliche Stufen der Partizipation zu unterscheiden. So liefert zunächst das **Erkunden von Interessen und Meinungen** wichtige Beiträge für Bestandsanalyse, Problemfindung und Kooperationsmöglichkeiten. Die **Information der Bevölkerung** kann in einem einseitigen Prozess über unterschiedliche Medien erfolgen oder – noch wirksamer, da auch Reaktionen erschlossen werden – bei Veranstaltungen. Hier wird im Zuge des Dialogs mit der Bevölkerung auch der Meinungsbildungsprozess in Gang gesetzt. So kann der Bürger gleichberechtigt am Planungs- und Entwicklungsprozess teilhaben und die letztlich getroffenen Entscheidungen mittragen. Und was könnte eine bessere Basis für den Erfolg von Planungsvorhaben sein? ■

BürgerInnen-Räte in Vorarlberg:

Neue Kultur des Dialogs für mehr Miteinander.

Seit einigen Jahren häufen sich die Hinweise, dass auf der einen Seite das Vertrauen in öffentliche Institutionen generell sowie in politische Funktions- und Entscheidungsträger im Speziellen abnimmt. Auf der anderen Seite sind aber die Instrumente für Selbstorganisation, Bürgerbeteiligung und gesellschaftliche Teilnahme noch nicht in einem geeigneten Maß eingeführt und erprobt.



Gelebte Bürgerbeteiligung:
Themen und Ideen diskutieren, ...

getragene Lösungsstrategien zu entwickeln. Das bedarf natürlich stärkerer Einbindung der Bevölkerung in konkrete Planungsvorhaben.

Im Dialog mit dem Bürger. Bei einem BürgerInnen-Rat werden nach dem Zufallsprinzip zwölf bis sechzehn BürgerInnen eines Ortes oder einer Region ausgewählt, die an zwei Tagen Lösungs- und Verbesserungsvorschläge in Form von Visionen, Anregungen und Ideen zu einer vorgegebenen Fragestellung – etwa zur Gemeindeentwicklung oder zu Bauvorhaben – oder zu einem offenen Thema wie „Was heißt Lebensqualität?“ entwickeln. Die Methode des BürgerInnen-Rats verbindet zwei unterschiedliche Prozessansätze miteinander: einerseits einen ergebnisoffenen dialogischen Austausch, der allen TeilnehmerInnen eine Plattform bietet, ihren ureigensten Anliegen auf den Grund zu gehen und sie zu formulieren – auf der anderen Seite einen methodischen Zwang, am Ende des BürgerInnen-Rats eine gemeinsame Erklärung, ein Statement zu formulieren, das anschließend anderen BürgerInnen sowie politischen EntscheidungsträgerInnen im Rahmen eines BürgerInnen-Cafés präsentiert wird. Der BürgerInnen-Rat kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das Verhältnis zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen auszugleichen und einen kommunikativen Austausch zu fördern, indem er die Politik den BürgerInnen näher bringt und somit auch ein Stück weit politische Bildung leistet.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass sowohl die gesellschaftlichen Herausforderungen, als auch die politischen EntscheidungsträgerInnen von einer großen Unsicherheit bezüglich der Lösungsstrategien geprägt sind und die Kluft zwischen Politik und BürgerInnen auseinander geht. Wie aber gelingt es, neue Formen der Zusammenarbeit zu finden, die durch ein konstruktives Miteinander geprägt sind?

Auf Basis dieser Frage organisiert das Büro für Zukunftsfragen der Vorarlberger Landesregierung seit 2006 „BürgerInnen-Räte“. Dahinter steckt die Annahme, dass das Paradigma „vom Problem direkt zur Lösung“ in einer zunehmend komplexeren Welt den Herausforderungen nicht mehr gerecht wird. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, gemeinsam

Mit Kreativität zur Lösung. Begleitet wird der BürgerInnen-Rat mit einer speziellen Moderationsmethode, „Dynamic Facilitation“ genannt. „Dynamic Facilitation“ ist eine offen



Foto: ZVG

... und schließlich gemeinsam hinter dem Ergebnis stehen.

moderierte Gruppendiskussion mit einer flexiblen Anzahl von TeilnehmerInnen. Sie baut auf die Kreativität der TeilnehmerInnen für eine Lösungsfindung auf und distanziert sich dabei bewusst von konventionellen, linearen Moderationsstrukturen, die die Kreativität bremsen und dem natürlichen Fluss des menschlichen Geistes widersprechen. „Dynamic Facilitation“ eignet sich insbesondere für Fragestellungen, bei denen bereits die

Problemdefinition, die möglichen Lösungen und die Bedenken gegen diese Lösungen Emotionen bei den Teilnehmenden hervorru-



Foto: ZVG

... Raum für kreative Lösungen schaffen ...

Das Beispiel in Krumbach. Krumbach ist eine Gemeinde im vorderen Bregenzerwald mit etwa 1 000 EinwohnerInnen. Grundlage für den Einsatz eines BürgerInnen-Rats im November 2011 war eine konkrete Planungs-

frage in der Gemeindeentwicklung: Krumbach setzt auf verdichteten Wohnbau mit Elementen des betreuten Wohnens und der Option auf ein so genanntes Mehrgenerationenhaus. Der Gestaltungsspielraum des BürgerInnen-Rats bezog sich weniger auf die konkrete Ausgestaltung der Baukörper, sondern vielmehr auf die Funktion des Projekts und darauf, welchen Stellenwert es für die Dorfentwicklung hat. Die essentielle Frage zum Mehrgenerationenhaus etwa war „Wie kann ein gutes Miteinander der Generationen gelingen?“ Daran schloss sich eine Reihe weiterer Fragen dazu, wie die Vorteile einer solchen Wohnform genutzt werden können sollen, um die Gemeinde zu beleben und die bestehende Infrastruktur zu erhalten. Ältere Personen sollen neue Möglichkeiten bekommen, ihren Lebens-

abend in der Gemeinde zu verbringen. Durch den kreativen dialogischen Charakter des Prozesses und die Heterogenität der zufällig ausgewählten Teilnehmenden konnten so weitaus tiefer gehende Fragen besprochen werden, als dies eine Diskussionsrunde zwischen ExpertInnen zugelassen hätte. Die vielfältigen Vorschläge der BürgerInnen fließen in den weiteren Planungsprozess ein.

Getragen vom Miteinander. „Die Einbeziehung der Bevölkerung zu diesem für Krumbach sehr wichtigen Projekt war ein voller Erfolg. Jetzt haben wir ein gutes und breit getragenes Ergebnis, mit dem wir die Expertenplanung beginnen können. Wir werden die Beteiligten weiterhin so gut wie möglich einbeziehen und mitentscheiden lassen“, ist Bürgermeister Arnold Hirschbühl vom Prinzip BürgerInnenrat überzeugt.

Tipp: Zusätzliches Material und weitere Informationen zu den BürgerInnen-Räten siehe unter www.vorarlberg.at/zukunft

Der Mödlinger BürgerInnenrat.

Der erste BürgerInnenrat in Niederösterreich!

„Unser Mödling in 10 Jahren!“ Unter diesem Motto versammelten sich im Frühjahr 2011 dreizehn MödlingerInnen, um Ideen für das neue Örtliche Entwicklungskonzept zu sammeln. In eineinhalb Tagen erarbeiteten sie 54 Vorschläge zur Zukunft Mödlings.

Alles begann mit einem einstimmigen Beschluss des Mödlinger Stadtentwicklungsausschusses: Beim neuen Örtlichen Entwicklungskonzept sollten die BürgerInnen frühzeitig beteiligt werden. Beim gemeinsamen Planen sollten die Prioritäten klar werden, um auch in Zeiten angespannter Budgets handlungsfähig zu bleiben und die Zukunft zur Zufriedenheit der BürgerInnen aktiv gestalten zu können. Als geeignete Methode für die Beteiligung der Bevölkerung wurde der BürgerInnenrat erkoren.

Auswahl mit Zufallsprinzip. Für einen BürgerInnenrat werden BürgerInnen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Diese sammeln in eineinhalb Tagen Ideen zu Themen, die sie betreffen. In

der kleinen Gruppe können sie bei Diskussionen in die Tiefe gehen. Die Zufallsauswahl soll sicherstellen, dass „normale“ BürgerInnen zu Wort kommen und dass die Gruppe bunt gemischt ist. Basis ist eine zufällige Auswahl von mindestens 200 (besser 500 Personen) aus dem Melderegister: 50 % Frauen und 50 % Männer, sowie jeweils gleich viele aus den Altersklassen 20 – 39, 40 – 59 und 60 – 75 Jahre*. Diese „Ausgewählten“ werden von den zuständigen PolitikerInnen mit einem persön-

lichen Brief eingeladen. Sobald etwa 15 Interessierte zugesagt haben, kann der BürgerInnenrat beginnen. Die TeilnehmerInnen brauchen keinerlei Fachwissen. Beim BürgerInnenrat vertreten sie ihre persönliche Meinung. Sie wählen ihre Diskussthematen nach den eigenen Interessen selbst aus. Damit dreht sich das Gespräch mit hoher Wahrscheinlichkeit um Themen, die viele BürgerInnen der Gemeinde bewegen. Moderiert werden BürgerInnenräte mit einer speziellen Methode, die „dynamic facilitation“ genannt wird. Diese berücksichtigt, dass wir Menschen in der Regel sprunghaft und nicht linear denken und dass uns Emotionen und Werte leiten. Dabei lässt sich mit „dynamic facilitation“ lösungs- und ergebnisorientiert diskutieren.

Die TeilnehmerInnen wählen ihre Diskussthematen nach den eigenen Interessen selbst aus. Damit dreht sich das Gespräch mit hoher Wahrscheinlichkeit um Themen, die viele BürgerInnen der Gemeinde bewegen. Moderiert werden BürgerInnenräte mit einer speziellen Methode, die „dynamic facilitation“ genannt wird. Diese berücksichtigt, dass wir Menschen in der Regel sprunghaft und nicht linear denken und dass uns Emotionen und Werte leiten. Dabei lässt sich mit „dynamic facilitation“ lösungs- und ergebnisorientiert diskutieren.



Foto: M. Strehle

Das Mödlinger Beispiel zeigt: Die Menschen haben genaue Entwicklungsvorstellungen für ihren Heimatort ...

Schwerpunkte mit Lösungsansätzen. Beim Mödlinger BürgerInnenrat kristallisierten sich drei Themenschwerpunkte heraus:

- BürgerInnen und PolitikerInnen übernehmen gemeinsam Verantwortung
- Verkehr, vor allem Verkehrsberuhigung, Radfahren und öffentlicher Verkehr
- leistbares Wohnen und die Gartenstadt Mödling erhalten

*) Jugendliche können besser über Schulen und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit eingebunden werden.



... und sind bereit, sich auch entsprechend in die Ortsplanung einzubringen.

Zu diesen drei Themen erarbeiteten die BürgerInnen 54 konkrete Lösungsvorschläge. Die Moderatorinnen Kerstin Arbter und Andrea Binder-Zehetner hielten alle Ideen auf Flipcharts fest.

Präsentation mit Kommunikation. Einige Tage nach dem BürgerInnenrat-Wochenende präsentierten die BürgerInnen ihre Ergebnisse beim Mödlinger BürgerInnen-Café.

Diese dreistündige Abendveranstaltung war für alle Interessierten offen, und es nutzten weitere BürgerInnen, PolitikerInnen, Interessengruppen, VerwaltungsmitarbeiterInnen, das beauftragte Planungsbüro sowie zahlreiche Medien dieses Forum. An „Kaffeehaus-Tischen“ diskutierten etwa 50 TeilnehmerInnen die Ergebnisse. In den Kleingruppen kamen alle zu Wort, und es konnte konstruktiv gearbeitet werden. Damit hat sich das BürgerInnen-Café als erfolgversprechendes Setting für BürgerInnenversammlungen aller Art erwiesen!

Ergebnisse mit Gewicht. Nach dem BürgerInnen-Café tagten VertreterInnen des Stadtentwicklungsausschusses, des Bauamtes und des Ortsplanungsbüros. Sie entschieden, welche Vorschläge im Vorentwurf zum Örtlichen Entwicklungskonzept berücksichtigt werden sollten. Das Protokoll wurde den TeilnehmerInnen des BürgerInnenrats übermittelt. Mit diesem Feedback zeigten die EntscheidungsträgerInnen, wie ernsthaft sie sich mit den Beiträgen der BürgerInnen auseinander gesetzt hatten und dass die BürgerInnen nicht umsonst gearbeitet hatten. Nur so kann bürgerschaftliches Engagement auch längerfristig aufrecht erhalten werden.

Engagement mit Wirkung. Der BürgerInnenrat Mödling zeigte auch: Auf die BürgerInnen ist Verlass! Bei der Entwicklung der Ideen dachten sie immer auch an das Wohl der Gemeinschaft und an die Kosten. Keine Spur von unerfüllbaren „Wunschkonzerten“! Statt dessen wurden Angebote für



Foto: Stadtgemeinde Mödling

freiwillige Spenden zur Erhaltung historischer Gebäude vorgelegt und sogar eine Forderung an die eigene Adresse formuliert: Die BürgerInnen sollten mehr Eigenverantwortung übernehmen und sich stärker engagieren. Das war verbunden mit dem Wunsch, als BürgerIn künftig intensiver beteiligt zu werden und BürgerInnenräte kontinuierlich einzusetzen. Und siehe da: Die PolitikerInnen erkannten und bekannten, dass sich der Einsatz von BürgerInnenräten bewährt hat und sicher wieder als direkteste Art der BürgerInnenbeteiligung zum Einsatz kommen werde.

Tipps und Informationen zur BürgerInnenbeteiligung:

- Handbuch Bürgerbeteiligung – für Land und Gemeinden www.vorarlberg.at/pdf/handbuchbuergerbeteiligun.pdf
- Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung www.partizipation.at/standards_oeb.html

Kontakte und Infos zum Mödlinger BürgerInnenrat:

Marita Widmann, Projektleiterin, Stadtbauamt Mödling
www.moedling.at/system/web/news.aspx?bezirkonr=0&detailonr=221801884&menuonr=221031574

Kerstin Arbter, Moderatorin des BürgerInnenrats
www.arbter.at

Gelebter Dialog für den Raum Berg – Örtliches Entwicklungskonzept im Gemeinde21-Prozess.



„Raumplanung mit Bürgerbeteiligung“ – klingt abenteuerlich und galt bislang im Allgemeinen als nur schwer durchführbar. Dass dem nicht so ist, beweist die Gemeinde Berg im Bezirk Bruck an der Leitha, zwischen der Bundeshauptstadt Wien und der slowakischen Hauptstadt Bratislava gelegen.

Hinter dem Projekt steckt ein umfangreiches Örtliches Entwicklungskonzept (ÖEK) gespickt mit Ideen von BürgerInnen, die im Rahmen des Gemeinde21-Prozesses entstanden sind. Damit wurde eine Art Präzedenzfall geschaffen, der Mut macht, sich zukünftig in Niederösterreich vermehrt auf einen Dialog zwischen PlanerInnen und Bevölkerung einzulassen.

parenz zwischen den einzelnen Ebenen spürbar, sondern auch Querverbindungen zwischen den Ergebnissen des Gemeinde21-Prozesses bzw. der Erstellung des Örtlichen Entwicklungskonzepts sichtbar, und zwar sowohl inhaltlich als auch methodisch.



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung

Einstieg über Lokale Agenda 21! Im Zuge des Gemeinde21-Prozesses in Berg war unter anderem auch eine Zukunftskonferenz organisiert worden. 64 BergerInnen hatten sich dabei 24 Stunden lang freiwillig Zeit genommen und sich engagiert in den von der NÖ Dorf- und Stadterneuerung moderierten Workshop eingebracht. Die beeindruckende Bilanz dieses Tages waren ein Slogan mit Botschaft, ein Leitziel mit Inhalt, viele konkrete Themenziele und zahlreiche Projektideen mit bemerkenswertem Blick auf das Wesentliche und Machbare! Begleitet wurde diese Zukunftskonferenz auch von den beiden Ortsplanern. Dabei wurden nicht nur Verständnis und Trans-

In Berg spiegeln sich nicht nur Menschen im Wasser, sondern auch ihre Ideen in Konzepten.

Verbindung zweier lokaler Schienen. Wesentlicher Bestandteil des erst kürzlich fertig gestellten Örtlichen Entwicklungskonzepts, das im Auftrag der Gemeinde von den Landschaftsplanern Ralf Wunderer und Armin Haderer in monatelanger Arbeit erstellt wurde, sind daher auch zahlreiche Ideen und Argumente, die im Zuge des Gemeinde21-Prozesses erarbeitet wurden.



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung



Foto: Gemeinde Berg



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung

„Gemeinsam BERGauf“ – ein Slogan als klares Bekenntnis zur Bürgerbeteiligung.

Sowohl das Gemeinde21-Leitbild, als auch das ÖEK gehen inhaltlich Hand in Hand mit den Vorstellungen von Gemeindevertretung, Bevölkerung und Raumplanern. Bürgermeister Georg Hartl bringt es auf den Punkt: „Im Wesentlichen geht es darum, wie die Entwicklung unseres Ortes künftig ausschauen soll. Das gilt neben der sozialen, ökonomischen und ökologischen auch für die räumliche Komponente – also für die Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur.“

Verbindung zum gemeinsamen Leitfaden. Gemeinde21-Leitbild und Örtliches Entwicklungskonzept umfassen gemeinsam mehrere hundert Seiten, die als verbindlicher Leitfaden für die Gemeinde zu verstehen sind. „Uns geht es aber hier nicht darum, Papier zu produzieren, das ja bekanntlich geduldig ist, sondern vielmehr sollen dem Planungsprozess Taten in Form von Projekten folgen“, so Bürgermeister Hartl. Und tatsächlich werden die Aktivitäten bereits sichtbar und dabei auch die Verschränkung der Ziele des Gemeinde21-Leitbildes mit jenen des ÖEK:

- regelmäßige Pflege der schützenswerten Trockenrasen auf der Königswarte durch eine Initiativegruppe unter Begleitung von ExpertInnen
- die Bereitstellung von Elektro-Fahrrädern, E-Fahrzeugen und E-Scootern für die umweltfreundliche Mobilität der Bevölkerung
- der „Gemeindekompass“ mit Informationen über den Ort, seine Vereine, Wirtschaftstreibende, Bildungs- und Betreuungsangebote sowie Service- und Dienstleistungen für Zugezogene und Gäste
- die Generalsanierung des Schulgebäudes im Ortskern sowie die Errichtung des neuen Kindergartens im Ortszentrum auf einem eigens angekauften Grundstück anstatt am Ortsrand auf bereits vorhandenen Grundstücken
- die Einführung einer Kleinkinder- sowie schulischen Nachmittagsbetreuung im Ortszentrum – seither können Kinder in

Berg vom ersten Lebensjahr bis zum Ende der Volksschule ganztägig und ganzjährig betreut werden

- Kauf von Gründen im Ortszentrum durch die Gemeinde, um auch weiterhin öffentliche Gebäude im Zentrum zu errichten (etwa eine Form der Altenbetreuung)
- die Erstellung von Bebauungsplänen, um die schützenswerte Kellergasse und das charakteristische Ensemble auch für weitere Generation zu erhalten
- die Erstellung eines neuen Flächenwidmungsplans für den ganzen Ort mit dem Ziel der Sicherung der innerörtlichen Grünzonen und Freiflächen, der ortsbildprägenden Strukturen, der Schließung von Baulücken und der Nutzung von vorhandenen Baulandreserven
- die Sicherung des Fortbestandes der Nahversorgung in Berg
- die Errichtung von Parkplätzen im Bereich unterhalb der Königswarte sowie die Adaptierung der Rad- und Wanderwege mit Rastplätzen
- die Schaffung von adäquaten Wohnräumen speziell für junge BergerInnen und deren junge Familien
- aktive Integration von Zugezogenen

Verantwortung weitergeben. Berg muss mit einer einzigartigen geographischen Lage zurechtkommen. Der Fall des Eisernen Vorhangs hat den Ort gewissermaßen aus der Sackgasse geführt und zu einem Vorort einer fremden Hauptstadt – Bratislava – gemacht. Daher sind Themen wie Sprachbarrieren, Bevölkerungswandel, Lebensqualität im Dorf, Halten der jungen Menschen im Ort, das Wohlbefinden der Menschen oder die dörfliche Infrastruktur besondere Herausforderungen, die es zukunftsorientiert zu meistern gilt. Bürgermeister Georg Hartl sieht dabei Integration und Dialog als wesentliche Erfolgsparameter: „Die Gemeinde ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen bewusst und versucht, dieses Bewusstsein auch an die Bevölkerung weiterzugeben.“



Foto: Gemeinde Berg

Die Mühlviertler Alm:

BürgerInnenbeteiligung mit vielen Facetten.

Die Mühlviertler Alm ist eine Region im nordöstlichen Teil des Mühlviertels in Oberösterreich, die bereits seit 1993 im Sinne der regionalen Entwicklung zusammenarbeitet. Seit seiner Gründung verfolgt der Verband das Ziel der ganzheitlichen, vernetzten und nachhaltigen Regionalentwicklung.



Heute umfasst der Regionalverband zehn Gemeinden: Bad Zell, Kaltenberg, Königswiesen, Liebenau, Pierbach, Schönau, St. Georgen am Walde, St. Leonhard, Unterweißenbach und Weitersfelden. Ein wesentliches Merkmal der Mühlviertler Alm ist die hervorragende Zusammenarbeit verschiedener regionaler Gruppen, unter ihnen die Mühlviertler Alm Bauern, die drei Tourismusverbände Mühlviertler Alm, Bad Zell und Königswiesen, das Kernteam der Regionalen Agenda 21, die Jugendtankstelle sowie der Reitverband Mühlviertler Alm und die Wirtschaft Mühlviertler Alm. Von diesen Organisationen gehen immer wieder wichtige Impulse und Prozesse für die Region aus. Die Mühlviertler Alm ist außerdem seit 1995 eine erfolgreiche LEADER-Region. Ohne finanzielle Förderungen von Land, Bund und Europäischer Union wäre eine regionale Entwicklung in einer typisch ländlichen Region, die stark von Abwanderung geprägt ist, jedoch nicht möglich.

Bekenntnis zur Bürgerbeteiligung. Seit 2000 ist die Mühlviertler Alm in der Regionalen Agenda 21 tätig. Die Beteiligung der BürgerInnen ist dabei eines der wichtigsten Themen für die nächsten Jahre. Außerdem stehen Bildung und Lernen, Weiterführung der Entwicklung einer familienfreundlichen Region, selektiver Abwanderungsstopp und nachhaltige Mobilität auf der Mühlviertler Alm im Vordergrund.

Voneinander lernen – miteinander gestalten. Als ein regionales Weiterbildungsangebot und Projekt der Regionalen Agenda 21 wurde 2010 ein Nachhaltigkeitslehrgang ins Leben gerufen. Bei diesem Lehrgang wurde nicht nur durch spannende ReferentInnen Wissen vermittelt, sondern den TeilnehmerInnen Motivation und Handwerkszeug mitgegeben, die es ihnen ermöglichen, eigene Ideen in der Region umzusetzen.



Bürgerbeteiligung: miteinander vieles und vielseitig bewegen.

Durch den Austausch in der Gruppe der TeilnehmerInnen entstand außerdem ein wertvolles Netzwerk an engagierten Personen. So wurde und wird „Voneinander lernen und miteinander gestalten“ tatsächlich möglich. Am Rande des Lehrgangs wurden im Rahmen eines „ZukunftsFAIRständnisses“ nicht nur die TeilnehmerInnen des Lehrgangs, sondern die gesamte Bevölkerung zu einem Abend mit einem spannenden Referenten und einer anschließenden offenen Diskussionsrunde eingeladen. Im Februar 2012 startete erneut ein Nachhaltigkeitslehrgang. Diesmal fällt der Fokus unter dem Titel „Zukunft wagen“ auf Veränderungen in lokaler bis globaler Perspektive, aber auch darauf, wie die persönliche sowie die regionale Zukunft mitgestaltet werden kann. Auch beim zweiten Lehrgang sollen von den TeilnehmerInnen eigene Projekte in der Region Mühlviertler Alm zur Umsetzung gebracht werden. Beispiele für solche Projekte gibt es bereits aus dem ersten Lehrgang. So konnte beispielsweise eine Lauf- und Nordic Walking-Strecke in Unterweißenbach geschaffen oder ein Sozialratgeber, der ein breites und vielfältiges Sozialangebot mit Ansprechpersonen und Kontaktadressen beinhaltet, zusammengestellt und veröffentlicht werden.

Aktiv beteiligt – beteiligt aktiv. Auch die „Zeitbank 55+“ ging aus dem ersten Lehrgang hervor und wurde im vergangenen Jahr mit dem Projekt „Lebensqualität im Alter“ zusammengeführt. Die in diesem Projekt aktive Trägergruppe umfasst mittlerweile über 30 freiwillige Personen und konnte schon viele Erfolge verbuchen, wie etwa die gelebte Nachbarschaftshilfe, Laienpflegekurse für Angehörige und Demenztraining für ältere Menschen oder Gemeindeggespräche mit den BürgermeisterInnen und BürgerInnen der Mühlviertler Alm. Drei Arbeitskreise (AK) sind auf die einzelnen Themenschwerpunkte ausgerichtet:

- AK I „Ambulante Pflege braucht Unterstützung“ beschäftigt sich unter anderem mit der Freiraumschaffung für pflegende Angehörige und der Anpassung des Wohnumfeldes an das Bedürfnis älterer Menschen.
- AK II „Optimierung von Organisationsstrukturen und Pflegeprozessen“ hat sich zum Ziel gesetzt, alle vorhandenen Kräfte

in einer einzigen Ansprechstelle für alle Pflege- und Betreuungsangelegenheiten zu bündeln.

- AK III „Herausforderung für junge Alte“ legt Wert darauf, die Eigeninitiative zu fördern und durch gelebte, Generationen übergreifende Nachbarschaftshilfe (Zeitbank 55+) unser Miteinander zu fördern.

Besonders erfreulich ist, dass die Projektgruppe „Lebensqualität im Alter“ sehr motiviert ist, auch in den kommenden Jahren die Lebensqualität für ältere und pflegebedürftige Menschen sowie für deren Angehörige zu erhalten bzw. zu steigern.

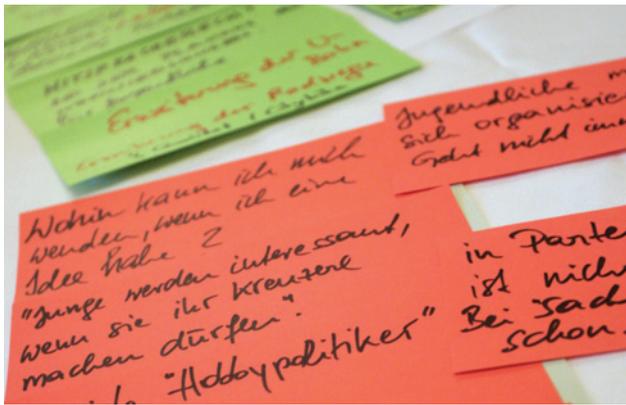
Offener Raum – offenes Gespräch. Eine weitere, neue Beteiligungsform stellt die „Denkbar“ dar: Eine offene Dialogrunde an der Bar bietet für die BewohnerInnen der Mühlviertler Alm die Möglichkeit, sich zu aktuellen Themen und brennenden Fragen auszutauschen und gemeinsam Zukunftsfragen nachzuspüren. Die „Denkbar“ hat zum Ziel, sich vom üblichen Sitzungscharakter (Tagesordnung, Beschlüsse, Ergebnisse) zu verabschieden und bietet einen offenen Raum, in dem sich Jung und Alt, „Zugroaste und Dosige“, Laute und Leise in entspannter Atmosphäre unterhalten können. Die erste „Denkbar“ hat es im Jänner 2012 gegeben, und der Wunsch nach weiterhin offenen Räumen zum Plaudern, Austauschen, Gedanken spinnen und Fragen stellen war deutlich zu vernehmen. Der Termin für die zweite „Denkbar“ ist übrigens bereits gefunden!

Die Mühlviertler Alm praktiziert Bürgerbeteiligung in vielerlei Facetten und setzt damit klare und positive Akzente in einem Prozess, der nie abgeschlossen sein kann: in der Regionalentwicklung.

Sie haben Fragen zu bzw. Interesse an den Projekten der Mühlviertler Alm?
www.muehlviertleralm.at oder
Geschäftsführer Klaus Preining (Tel.: 07956 / 73 04)
geben Auskunft!

Jugend plant: „My Life 24 / 24“ – „Mein Leben in / um Wien im Jahr 2035“.

Die Einbindung Jugendlicher in die Regionsentwicklung hat sich in den letzten Jahren stark intensiviert. Im Vordergrund steht dabei die Motivation, „etwas Gutes“ für die Jugend zu tun, die Identifikation der Jugendlichen mit der Region zu stärken und damit in weiterer Folge auch das Engagement für die Region.



Für das Wiener Umland wird auch in den nächsten Jahrzehnten eine starke Bevölkerungszunahme prognostiziert. Im Rahmen des Stadt-Umland-Managements Wien / Niederösterreich wurde daher der Versuch gestartet, mit dem Projekt „My-Life 24 / 24“ Jugendliche für das Thema Planung und Entwicklung des Lebensraums zu interessieren. Projektmanagement und fachliche Begleitung wurden dabei an ein externes, auf Kommunikation und Jugendbeteiligung spezialisiertes Planungsbüro vergeben.

Zukunft in Bildern. Die entsprechende Plattform wurde mit einem Filmprojekt geschaffen. Jugendliche aus dem Raum Wien / Niederösterreich wurden eingeladen, einminütige Videoclips zum Thema „Mein Leben in / um Wien im Jahr 2035“ zu drehen, woraus eine 35-minütige, thematisch und ästhetisch bunte und ansprechende Videocollage entstanden ist. Dieser Film wurde Ende November 2011 im Rahmen einer eigenen Vorführung in einem Großkino (Donauplex, Zentrum Kagran) präsentiert, die besten Einzelbeiträge wurden mit Sachpreisen ausgezeichnet. Die Videocollage ist im Internet unter <http://vimeo.com/33212392> abrufbar.

Bilder in Diskussion. Im Rahmen der Stadt-Umland-Konferenz am 5. Dezember 2011 im Wiener Rathaus wurden die Filme einem breiten Kreis aus politischen EntscheidungsträgerInnen sowie ExpertInnen aus Verwaltung und Planung gezeigt. Dabei hatten die jugendlichen RegisseurInnen auch die Möglichkeit, im Rahmen eines World Cafés (Workshop-Methode mit Diskussion in Kleingruppen an runden Tischen) mit den KonferenzteilnehmerInnen über Planung, künftige Anforderungen an das Lebensumfeld und Jugendbeteiligung zu diskutieren. Beispiele aus Amsterdam, Velbert (Deutschland) und Österreich zeigten Möglichkeiten auf, wie Jugendliche auch in sehr kom-



plexe Planungen eingebunden werden können (Informationen unter www.stadt-umland.at). Zur Vorbereitung auf die Konferenz fanden mehrere Vorgespräche mit den RegionalmanagerInnen im Stadt-Umland-Management statt.

Diskussion auf Augenhöhe. Das Echo auf die Filme war sehr positiv. Einerseits waren die (nicht jugendlichen) TeilnehmerInnen der Konferenz überrascht – nicht nur von der hohen Qualität, sondern auch von den unterschiedlichen Zugängen. Die jugendlichen TeilnehmerInnen zeigten sich andererseits vom Gesprächs- und Arbeitsklima bei der Stadt-Umland-Konferenz begeistert. Dazu stellvertretend zwei „jugendliche“ Wortmeldungen: *„Ich finde es gut, dass die Jugendlichen eine Chance gehabt haben, etwas zu sagen und dass sie auch diese Chance genutzt haben. Ich bin sehr eingebunden worden“ ... „Wir würden uns wünschen, dass die Videos, die wir heute gesehen haben, auch anderen Menschen gezeigt werden, die heute nicht dabei sein konnten. Wichtig ist vor allem, dass Erwachsene und Jugendliche auf der gleichen Augenhöhe miteinander reden.“*



Foto: MA 18 / Christian Fürthner

Augenhöhe aus verschiedenen Blickwinkeln. Zum Abschluss einige Schlussfolgerungen aus der Sicht des Stadt-Umland-Managements:

- Auch wenn Planung oft sehr komplex und langfristig ist – mit entsprechender kompetenter Unterstützung und Offenheit aller Beteiligten ist die Einbindung Jugendlicher erfrischend und bereichernd. Vor allem werden keine alten Denkmuster nach dem Motto „bei uns funktioniert so was eh nicht“ übernommen.

- Die Einbindung von Schulen kann funktionieren, wenn sich LehrerInnen mit dem Thema stark identifizieren und entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten haben.

- Bestehende Jugendinitiativen in Kleinregionen, in der Dorf- und Stadterneuerung sowie in Gemeinden allgemein sind (noch) stark auf „klassische“ Jugendbeteiligungsthemen wie die Errichtung von Jugendzentren, Freizeitangeboten oder Identifikation/Engagement im Ort fokussiert. Trotz guter Unterstützung durch BetreuerInnen vor Ort (vor allem durch Dorf- und Stadterneuerung) waren die Einbindungsversuche in der kurzen Zeit wenig erfolgreich.

- Facebook hat sich als gutes und schnelles Medium zur Verbreitung von Inhalten sowie Sitzungs- und Veranstaltungsterminen bewährt. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den online gestellten Filmen hat allerdings kaum stattgefunden.

Blickwinkel zu neuen Erfahrungen. Seitens des Landes Niederösterreich war es ein wesentliches Ziel, Erfahrungen aus diesem Projekt zu gewinnen und auf andere regionale Initiativen zu übertragen. Eine Weiterführung und regionale Vertiefung (Jugendbeteiligung in Regionalplanung oder der örtlichen Raumordnung) ist daher geplant.

Erfahrungen mit positivem Resümee. Aus Sicht des Stadt-Umland-Managements war „MyLife 24 / 24“ ein spannendes und – wie die Rückmeldungen bestätigen – erfolgreiches Projekt. Unser Dank gilt daher den Verantwortlichen in der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik sowie der MA 18 Stadtplanung Wien, den MultiplikatorInnen in der Jugendarbeit für die tatkräftige Unterstützung – und vor allem den Jugendlichen für ihr großes Engagement. ■

Wir helfen Ihrer Region auf die Sprünge!

Das Regionalmanagement Niederösterreich mit neuer Marke als Sprungbrett der Regionen.



Mit uns geht es aufwärts.



Der Verein Regionalmanagement Niederösterreich (RM NÖ), gegründet 2004, präsentiert sich in neuem Gewand. Der Auftrag, den sich der Verein gegeben hat, wird nun durch Logo und Bilder visualisiert: „Wir koordinieren Regionalentwicklung in Niederösterreich – wir helfen Ideen, Visionen und Regionen auf die Sprünge“.

Seit der Gründung des Dachvereines Regionalmanagement Niederösterreich werden die bewährten regionalen Strukturen und AkteurInnen in enger Kooperation mit den Regionalen Entwicklungsverbänden zusammengeführt. 2011 wurde diese gelebte und zielorientierte Praxis mit einer Vereinbarung schriftlich festgelegt und funktioniert unter den Prämissen Zukunftsorientiertheit, Ressourcenschonung, Vermeidung von Doppelgleisigkeiten und Erhöhung der Transparenz.

Regional Governance. Menschen, die gemeinsam etwas verändern wollen, werden um einen Tisch versammelt, um eine gemeinsame Handlungsfähigkeit in der Region zu erwirken. Regional Governance ist nicht nur ein Fachbegriff, sondern der Schwerpunkt der täglichen Arbeit des Teams des Regionalmanagement Niederösterreich. Übersetzt man diesen Begriff aus dem Wortschatz der EU-Regionalpolitik ins Deutsche, dann ist dies mit „Regionale Steuerung und Koordination“ nur unzulänglich möglich. Regional Governance erfordert, Klarheit darüber zu gewinnen, wer was wann und wie tut, um zu kollektiven Ergebnissen in der Region zu kommen. Das RM NÖ ist mit seinen Teams in den Hauptregionsbüros bestens für diese Vernetzung der Menschen in den Regionen gerüstet. Es geht darum,



Foto: Steve Halder



Mit dem RM NÖ laufen in Niederösterreich nicht nur die „Radln“, sondern auch die Regionalentwicklung.

die richtigen Menschen, zum richtigen Zeitpunkt, am richtigen Ort, zum richtigen Thema zusammen zu bringen und so offene Zeitfenster zu nutzen.

Europäische Vernetzung. Dabei endet der Blick nicht an den Grenzen Niederösterreichs, sondern reicht weit darüber hinaus. Die Kontakte zu unseren Nachbarn Deutschland, Tschechien, Slowakei und Ungarn werden in vielen gemeinsamen Projekten (beispielsweise RECOM, Europaregion Donau-Moldau oder Bratislava-Umland-Management) intensiviert. Die Zusammenarbeit mit der Außenstelle Niederösterreichs in Brüssel ist so selbstverständlich wie die Vernetzung mit den Regionalmanagements in anderen Bundesländern. Gemeinsam mit ihren Partnern arbeiten das Regionalmanagement Niederösterreich und

die Regionalen Entwicklungsverbände ständig daran, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die niederösterreichischen Regionen auch morgen in der Welt erfolgreich behaupten können.

Sichtbare Stärke. Der neue Markenauftritt unterstreicht diesen Auftrag, den die MitarbeiterInnen gerne, professionell und voller Leidenschaft erfüllen. Wer sich dazu sein eigenes Bild machen möchte, ist jederzeit zu einem Besuch im Internet auf www.regionalmanagement-noe.at herzlich eingeladen.

Arbeitsschwerpunkte des Regionalmanagement NÖ:

Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

- Regional Governance
- Standort- / Raumentwicklung
- Wirtschaftsnetzwerke
- Creative Industries
- Mobilitätszentralen Niederösterreich
- Energieeffizienz
- Qualifizierung

Regionalentwicklung

- Kleinregionsbetreuung
- Regionale Entwicklungsverbände
- Ländliche Entwicklung

Zusammenarbeit in Europa

- Projekte mit Partnern in Deutschland, Tschechien, der Slowakei und Ungarn
- Kleinprojektefonds
- Aktion Grenzenlose Regionalentwicklung

Die Partner des Regionalmanagement Niederösterreich:

- EU Plattform PRO Waldviertel
www.rm-waldviertel.at
- Regionaler Entwicklungsverband Industrieviertel
www.industrieviertel.at
- Regionaler Entwicklungsverband NÖ-West
www.regionalverband.at
- Regionalverband nö-mitte
www.noe-mitte.at
- Regionalverband Europaregion Weinviertel – Euregio Weinviertel
www.euregio-weinviertel.eu

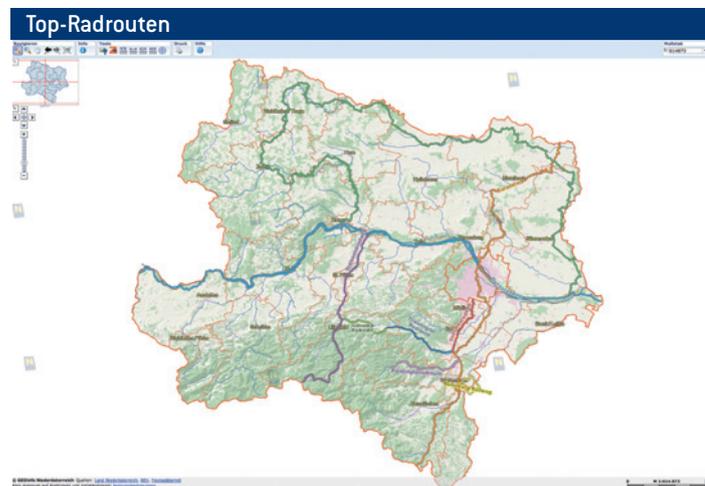
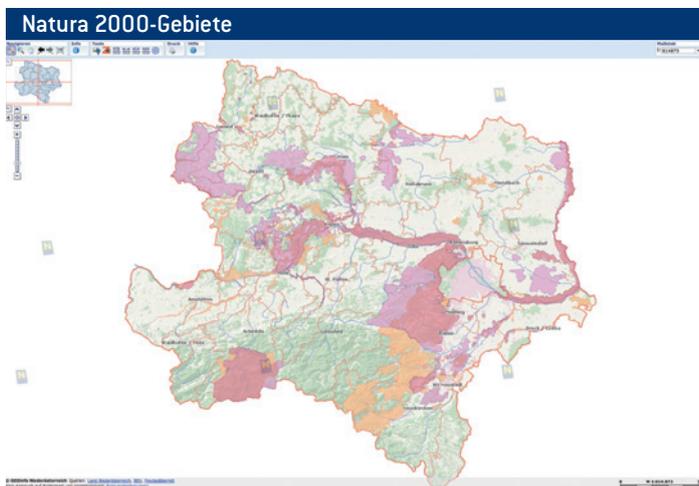
20 Jahre NÖGIS:

Unverzichtbare Grundlage für Landesentwicklung und Verwaltung.

Die Entwicklung von NÖGIS ist sehr eng mit der weltweiten Entwicklung der Geoinformation sowie der dafür notwendigen Hard- und Software verknüpft. Mit der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Systeme konnten die Angebote und Möglichkeiten sukzessive erweitert werden.

In der Anfangszeit des „Niederösterreichischen Geografischen Informationssystems“ mussten die Fachabteilungen der niederösterreichischen Landesverwaltung vom Nutzen der Geoinformation für ihre Fachbereiche erst überzeugt werden. Die technischen Unzulänglichkeiten und die komplizierte Bedienung der Systeme waren der raschen Verbreitung in der Landesver-

waltung im Besonderen zentral bereitzustellen und zu verwalten. Für die Erfassung, Verwaltung und Präsentation von Daten musste ein geeignetes EDV-System angeschafft werden. Im August 1992 wurden Hard- und Software bestellt und auch gleich im September 1992 geliefert. Vor zwanzig Jahren musste man sich allerdings bei der Installation und der Bedienung des



Quelle aller Karten: NÖ-Atlas

waltung nicht gerade förderlich. Trotzdem konnten viele organisatorische und strukturelle Weichenstellungen vorgenommen werden, die noch heute wirken.

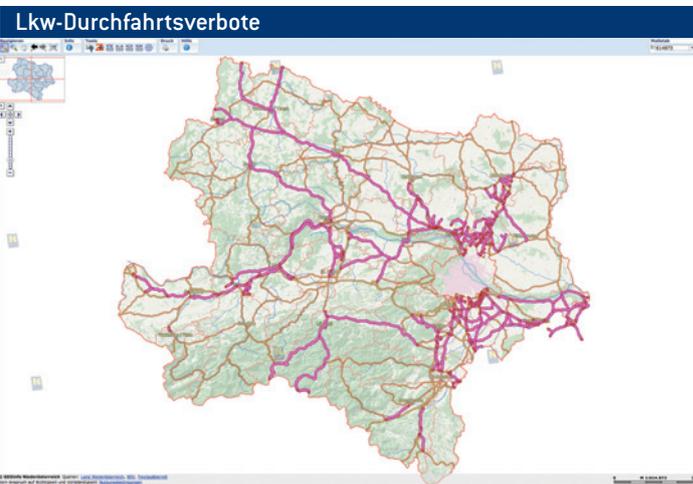
Der Aufbau. Offizieller Start unter der ursprünglichen Bezeichnung „NÖLIS“ war der 24. Mai 1991. Ziel war es, ein System zu schaffen, um die immer größer werdenden Datenmengen für die Landesverwaltung im Allgemeinen und für den Umwelt-

Systems mit heutzutage kaum mehr vorstellbaren Unzulänglichkeiten herumschlagen: Die Anlage war weit weniger leistungsfähig, als es etwa heute ein gängiges Smartphone ist. Es gab keine grafischen Eingabemöglichkeiten, und die Bedienung war nur einigen wenigen Experten, die mit den damals üblichen Kommandozeilenbefehlen vertraut waren, vorbehalten. Trotzdem konnten Daten bereits erfasst und bearbeitet sowie Karten angezeigt und gedruckt werden.



Die Daten. Der wesentlichste Bestandteil eines Geoinformationssystems sind die Daten, die damit erstellt, verwaltet, aufbereitet und präsentiert werden sollen. Ende der 1990er Jahre wurde in Kooperation mit den niederösterreichischen Gemeinden sowie dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen die Erstellung der digitalen Katastralmappe (DKM) vorangetrieben. Bereits im Jahr 2004 war die digitale Katastralmappe flächendeckend für das gesamte Bundesland vorhanden und somit einer der grundlegendsten Geodatenbestände digital verfügbar.

Neben der DKM wurde 2002 begonnen, flächendeckend Orthofotos in hoher Auflösung zu beschaffen. Dieser Datenbestand war im Jahr 2005 erstmals vollständig vorhanden.



Zwischen 2006 und 2009 wurde die gesamte Landesfläche mit Hilfe von flugzeuggetragenen Laserscannern erfasst, wodurch seit wenigen Jahren ein genaues Höhenmodell des Bundeslandes für Planungszwecke verfügbar ist.

Das Web. Ab 2000 entstanden die ersten GIS-Anwendungen, die mit Hilfe von Webbrowsern Geobasis- und Geofachdaten auf einfache Weise präsentieren konnten. Für die Betrachtung unterschiedlicher Datenthemen und für die Verwendung von ein-

fachen Werkzeugen wie Messen oder Anzeigen von Attributinformationen der Datensätze waren keine speziellen GIS-Programme notwendig, sondern jedermann konnte, sofern er über einen Internetzugang verfügte, auf die Präsentation von Daten in Internetseiten zugreifen. Die erste Anwendung war das so genannte „Intermap“, mit dessen Hilfe man die verordneten Schutzgebietsgrenzen der Natura 2000-Gebiete und deren Schutzobjekte in Niederösterreich abfragen konnte. Seit einigen Jahren wird mit dem NÖ-Atlas im Internet ein breites Spektrum von Landesdaten präsentiert.

Im Intranet der Landesverwaltung wurde ebenfalls eine Webanwendung eingesetzt, um den MitarbeiterInnen der Landesverwaltung den Zugriff auf die Geobasis- und Fachdaten ohne den Einsatz spezieller GIS-Programme zu ermöglichen. Mittlerweile ist dieses Angebot ein wesentlicher Bestandteil der Landesverwaltung geworden, der ständig erweitert wird. Neben der Darstellung von Daten können Fachabteilungen auch ihre Daten in der Intranetlösung des Landes selbst erstellen und verwalten, ohne ein GIS-Programm zu benutzen.

Der Webshop. Seit Juli 2010 werden alle Daten des Landes Niederösterreich über den „NÖ-Geoshop“ vertrieben. Unterschiedliche Benutzergruppen können damit bedient werden. Nach der Registrierung können Daten des Landes bestellt und – abhängig von der Datenmenge – entweder sofort heruntergeladen oder auf Datenträger zur Verfügung gestellt werden. Die Datenabgabe des Landes Niederösterreich wurde damit vollständig automatisiert, und 95% der Abfragen werden innerhalb eines Tages an die BestellerInnen ausgeliefert. Dieser Service erfreut sich zunehmender Beliebtheit, und die Anzahl der Datenanfragen steigt ständig.

Der permanente Umbau und Ausbau der Geodateninfrastruktur der niederösterreichischen Landesverwaltung hat sich gelohnt. GIS ist aus der Landesverwaltung nicht mehr wegzudenken: Informationen werden anschaulich präsentiert, Zusammenhänge können leichter erkannt werden, Verwaltung ist einfacher geworden, und jedermann hat Zugriff auf diese Informationen. ■

Neuer Rahmen für Planungen:

Das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) 2011.

Die Erstellung von Raumentwicklungskonzepten ist als zentrale Aufgabe der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) im Bereich der gesamtstaatlichen Raumordnung verankert. Entsprechend dem gemeinsamen Verständnis der ÖROK-Partner handelt es sich dabei um ein Handlungsprogramm, in dem die wesentlichen Anliegen der nächsten zehn Jahre in einem gemeinsamen Rahmen zusammengefasst werden.



Die politische Legitimation findet das ÖREK durch den Beschluss der Österreichischen Raumordnungskonferenz. Der politische Beschluss zur Erstellung des ÖREK 2011 erfolgte im August 2011 durch die Mitglieder der ÖROK (Bundeskanzler, BundesministerInnen, Landeshauptleute sowie die Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes).

Die Inhalte des ÖREK 2011 wurden in einem breit angelegten Arbeitsprozess unter Einbeziehung aller ÖROK-Mitglieder und darüber hinausgehender Institutionen erstellt. Ziel war es, eine gemeinsame Strategie für die räumliche Entwicklung in Österreich zu verfassen.

Als Ergebnis eines rund zweieinhalbjährigen Erstellungsprozesses wurde das neue „Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) 2011“ im Rahmen der 14. ÖROK-Enquete im Oktober 2011 veröffentlicht.

Als Handlungsprogramm neu definiert. Im „Mission Statement“ des ÖREK 2011 ist unter anderem zu lesen, dass es sich nicht um einen Plan mit kartografisch verorteten Nutzungen handelt, sondern vielmehr um eine Handlungsanleitung für abgestimmtes raumrelevantes Handeln von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden sowie Interessenvertretungen

zur Stärkung der ebenen- und sektorübergreifenden Kooperation. Somit ist ein wesentlicher Unterschied zu seinen Vorgängermodellen, dass sich das ÖREK 2011 in erster Linie als gemeinsames Handlungsprogramm der ÖROK-Partner versteht, das

- vorhersehbare künftige Herausforderungen wie die zunehmende globale Vernetzung, Ressourcenknappheit, den Klimawandel oder den demografischen Wandel aufgreift
- als Grundhaltungen die Wettbewerbsfähigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit definiert und räumliche Ziele (kompakte Siedlungsstrukturen, polyzentrische Strukturen, leistungsfähige Achsen, funktionelle Verflechtungen etc.) sowie „Acht Handlungsgrundsätze für eine kooperative Raumentwicklung“ festhält

Handlungsprogramm ÖREK 2011

1	Regionale und nationale Wettbewerbsfähigkeit
2	Gesellschaftliche Vielfalt und Solidarität
3	Klimawandel, Anpassung und Ressourceneffizienz
4	Kooperative und effiziente Handlungsstrukturen



Zusammenspiel im Raum:
vielerlei Komponenten,
viele Partner, viele Ergebnisse.

- auf umfassenden Grundlagenstudien basiert (Projekt „Raum-szenarien Österreichs 2030“, ÖREK-Arbeitsgruppen-Ergebnisse, PIP – Paper in Progress, Reflexionsergebnisse), aber keinen eigenen Analyseteil enthält
- im Sinne eines „Policy Papers“ auf prioritäre Bereiche entlang von vier „strategischen“ Säulen fokussiert, wobei die ebenen- und sektorenübergreifende Kooperation der relevanten Akteure das wesentliche Auswahlkriterium darstellt
- dieses „Handlungsprogramm“ als wesentliches inhaltliches Kernstück benennt. Im Unterschied zu sektoral ausgerichteten Konzepten ist dieses nach vier thematisch-integrativen Säulen, 14 Handlungsfeldern und 36 Aufgabenbereichen gegliedert und führt auch exemplarische Kooperations- oder Umsetzungs-partner an.
- den Umsetzungsprozess als konstituierendes Element in einem Kapitel des ÖREKs verankert, als Instrument zur Umset-zung so genannte „ÖREK-Partnerschaften“ vorschlägt und diese in zwei Begleitdokumenten beschreibt („ÖREK 2011: Umset-zungsmanagement“ und „Leitfaden für ÖREK-Partnerschaften“)

Mittels Partnerschaften umgesetzt. Wesentliche

Anforderung für das ÖREK 2011 war es, den Umsetzungsprozess parallel zur Erstellung des Dokuments mit zu entwickeln und so konkret wie möglich zu halten.

In der Folge wurde das Konzept der „ÖREK-Partnerschaften“ ins Leben gerufen, mit dem ausgewählte Handlungsfelder und Aufgabenbereiche umgesetzt werden sollen. Für derartige ÖREK-Partnerschaften wurden folgende Prinzipien vereinbart:

- kooperative Zusammenarbeit der für den Aufgabenbereich relevanten Partner
- verantwortliche Federführung durch die Partner
- prozesshaftes Vorgehen
- Klärung der finanziellen Rahmenbedingungen
- Ziel- und Ergebnisorientierung
- straffes Management
- Kommunikation und Abstimmung mit allen ÖROK-Mitgliedern

Schritte einer ÖREK-Partnerschaft im Überblick





Als zentrales Erfolgskriterium wurde die ebenen- und sektorenübergreifende Kooperation der relevanten Akteure festgehalten. Dabei soll der Kreis der Beteiligten über die ÖROK-Mitglieder hinausreichen, sodass in den jeweiligen Projektgruppen nach Möglichkeit auch weitere relevante Akteure/Institutionen mitarbeiten. Auch das ist ein neues Element, das mit dem ÖREK 2011 zu tragen kommt: In den ÖREK-Partnerschaften werden erstmals in einem kontinuierlichen Prozess aktiv und mit-

bestimmend Akteure/Institutionen eingebunden, die nicht ÖROK-Mitglieder sind.

Die ersten Partnerschaften wurden bereits parallel mit dem Erstellungsprozess des ÖREK 2011 ins Leben gerufen (siehe Beitrag RAUMDIALOG 4/2011). Diese setzen 2012 ihre Arbeit fort, konkretisieren Inhalte, Ziele, Herangehensweisen und gehen nun in die Phase der Projektumsetzung.

Umfassende Informationen zum „ÖREK 2011“

siehe unter www.oerok.gv.at.

Im Bereich „Publikationen“ kann das ÖREK 2011 in deutscher und englischer Sprache bestellt werden.

Eine umfassende Videodokumentation zum ÖREK 2011 ist auf dem ÖROK-YouTube-Kanal unter

www.youtube.com/user/oerok2011?feature=mhee abrufbar

Infos

Gemeinde21 lädt ein zur Veranstaltung: „Nachhaltigkeit: Nutzen für Unternehmen – Chance für den Ländlichen Raum“



Wann: Dienstag 24.04.2012, 09.00 bis 16.30 Uhr

Wo: Kulturhof Neupölla, 3593 Neupölla 10

Was: Ausgehend von Überlegungen zur Definition von Nachhaltigkeit sowie zu den Herausforderungen am „Wirtschaftsstandort

Ländlicher Raum“ werden verschiedene Wege und Varianten des nachhaltigen Wirtschaftens vorgestellt und mit ExpertInnen diskutiert. Außerdem werden entsprechende Unterstützungsangebote des Landes NÖ für nachhaltig wirtschaftende Betriebe präsentiert.

Infos und Anmeldung: www.raumordnung-noe.at → Terminkalender



English Summary



Spatial planning with civic participation: long-term planning meets great acceptance. The goal of civic participation is to involve a greater number of citizens in planning and decision-making processes that are relevant for them. In Lower Austria civic participation is already an established part of the village and town revitalisation programme and in strategic processes at the micro-region level. At a time when public funds must be spent with great caution, it is clear that civic participation must become an integral part of spatial planning.

Citizen councils in Vorarlberg: a contribution to a new era of social cohesion. Citizen councils act as mediators between dissatisfied citizens and decision makers in need of assistance when faced with social challenges. By introducing a creative approach to the discussions, they are a communicative and productive form of civic participation.

Citizen council in Mödling: the first of its kind in Lower Austria. The citizens of Mödling held a meeting under the motto of "Unser Mödling in 10 Jahren!" (Our Mödling in 10 Years' Time) to pool ideas for the new local development plan. Fifty-four suggestions regarding the future of Mödling were then presented at a citizens' café, discussed in detail by respective commissions and finally integrated into the new local development plan.

Dialogue for the area around Berg: local development plan in the Gemeinde21 process. The *Gemeinde21* (Local Agenda 21 in Lower Austria) process in Berg involved the organisation of a Future Search Conference with the participation of the area's two rural planning offices. The event clearly demonstrated a sense of common understanding and transparency between the individual levels and revealed the interconnections between the outcomes of the *Gemeinde21* process and the local development plan.

Mühlviertler Alm region: multi-faceted civic participation. Since 1993, the *Mühlviertler Alm* region in the north-eastern part of Mühlviertel (Upper Austria) has focused

on cooperation with the aim of promoting a holistic, integrated and sustainable regional development. The Mühlviertler Alm region joined the Regional Agenda 21 in 2000. Civic participation will be one of the core issues in the future and has been put into practice in many different forms.

Young people as planners: "My Life 24 / 24" – "My Life in / around Vienna in 2035". In future decades, the population in the areas surrounding Vienna will continue to increase considerably. One of the objectives of the *Stadt Umland Management* (city surroundings management) programme for Vienna / Lower Austria is to encourage young people to take an interest in planning for and development of their living space with the project "My Life 24 / 24".

We'll promote your region! Lower Austrian Regional Management with a new brand as a stepping-stone for the regions. The Regional Management Association of Lower Austria was established in 2004 and is proud to present its brand new look. The association's goal is now illustrated by the new logo and images: "We coordinate regional development in Lower Austria – We promote ideas, visions and regions."

20 Years NÖGIS: indispensable tool for provincial development and administration.

The geographical information system has become an integral part of provincial development in Lower Austria. It facilitates the process of identifying links between data and enables universal access. Since its launch, services have been continually extended and adapted to meet modern demands.

New framework for planning processes: the Austrian Spatial Development Concept (ÖREK) 2011.

The new edition of the Austrian Spatial Development Concept views itself as a comprehensive action plan to enable coordinated spatial measures carried out by the federal state, the provinces, towns, municipalities and interest groups with the aim of promoting cooperation across all levels and sectors.

Der eilige Leser

Raumordnung mit Bürgerbeteiligung: Planen mit langfristiger Gültigkeit und hoher Akzeptanz. Bürgerbeteiligung zielt auf eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit an den für sie relevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen. In Niederösterreich hat Bürgerbeteiligung in der Dorf- und Stadterneuerung sowie bei Strategieprozessen auf kleinregionaler Ebene bereits Tradition. In Zeiten, wo die öffentlichen Finanzen mit immer mehr Bedacht eingesetzt werden müssen, wird klar, dass Bürgerbeteiligung auch in der Raumordnung ein Grundprinzip werden muss.

BürgerInnen-Räte in Vorarlberg: Neue Kultur des Dialogs für mehr Miteinander. Zwischen Unzufriedenheit der Bevölkerung und Unsicherheit der EntscheidungsträgerInnen angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen erweist sich der BürgerInnen-Rat mit einem kreativen Diskussionsansatz als kommunikative und produktive Form der Bürgerbeteiligung.

Der Mödlinger BürgerInnenrat. Der erste BürgerInnenrat in Niederösterreich! Unter dem Motto „Unser Mödling in 10 Jahren!“ versammelten sich MödlingerInnen, um Ideen für das neue Örtliche Entwicklungskonzept zu sammeln. 54 Vorschläge zur Zukunft Mödlings wurden anschließend in einem BürgerInnen-Café präsentiert und haben teilweise nach eingehender Diskussion in den entsprechenden Gremien Eingang in das neue Örtliche Entwicklungskonzept gefunden.

Gelebter Dialog für den Raum Berg – Örtliches Entwicklungskonzept im Gemeinde21-Prozess. Im Zuge des Gemeinde21-Prozesses in Berg wurde auch eine Zukunftskonferenz unter Teilnahme der beiden Ortsplaner abgehalten. Dabei wurden Verständnis und Transparenz zwischen den einzelnen Ebenen spürbar, aber auch die Querverbindungen zwischen den Ergebnissen des Gemeinde21-Prozesses bzw. der Erstellung des Örtlichen Entwicklungskonzepts sichtbar.

Die Mühlviertler Alm: BürgerInnenbeteiligung mit vielen Facetten. Die Mühlviertler Alm im nordöstlichen Teil des Mühlviertels setzt seit 1993 im Sinne einer ganzheitlichen, vernetzten und nachhaltigen Regionalentwicklung auf Zusammenarbeit. Seit 2000 ist die Mühlviertler Alm in der Regionalen Agenda 21 tätig. Die Beteiligung der BürgerInnen ist dabei eines der wichtigsten Themen für die nächsten Jahre und wird in vielerlei Formen praktiziert.

Jugend plant: „My Life 24/24“ – „Mein Leben in/um Wien im Jahr 2035“. Für das Wiener Umland wird auch in den nächsten Jahrzehnten eine starke Bevölkerungs-

zunahme prognostiziert. Im Rahmen des Stadt-Umland-Managements Wien/Niederösterreich wurde daher der Versuch gestartet, mit dem Projekt „MyLife 24/24“ Jugendliche für das Thema Planung und Entwicklung des Lebensraums zu interessieren.

Wir helfen Ihrer Region auf die Sprünge! Das Regionalmanagement Niederösterreich mit neuer Marke als Sprungbrett der Regionen. Der Verein Regionalmanagement Niederösterreich, gegründet 2004, präsentiert sich in neuem Gewand. Der Auftrag, den sich der Verein gegeben hat, wird nun durch Logo und Bilder visualisiert: „Wir koordinieren Regionalentwicklung in Niederösterreich – wir helfen Ideen, Visionen und Regionen auf die Sprünge“.

20 Jahre NÖGIS: Unverzichtbare Grundlage für Landesentwicklung und Verwaltung. Das Geografische Informationssystem ist aus der Landesverwaltung nicht mehr wegzudenken. Zusammenhänge können leichter erkannt werden, und jedermann hat Zugriff auf die Informationen. Seit den Anfängen wurden die Dienste ständig erweitert und den modernen Anforderungen angepasst.

Neuer Rahmen für Planungen: Das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) 2011. Die neue „Auflage“ des Österreichischen Raumentwicklungskonzepts versteht sich als gemeinsames Handlungsprogramm für abgestimmtes raumrelevantes Handeln von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden sowie Interessenvertretungen zur Stärkung der ebenen- und sektorübergreifende Kooperation.



P.b.b. Vertragsnummer 07Z037287M
Verlagspostamt 3109 St. Pölten

www.noeg.at